



Concours après classes préparatoires

Sujets de l'épreuve orale

Allemand LV1

2021

ORAL CONCOURS 2021**ALLEMAND LV I****Eine wie keine**

Mit Annalena Baerbock könnte erstmals eine Mutter Bundeskanzlerin werden. Schon ihre Kandidatur macht Millionen Eltern Hoffnung, die die Grünen nicht enttäuschen sollten.

Sie tritt nicht nur als Parteivorsitzende an, sondern auch als Mutter zweier Schulkinder mit Homeofficeerfahrung. In diesem Duktus spricht sie gern von sich selbst. Annalena Baerbock ist seit vorgestern die erste Kanzlerkandidatin der Grünen. Mit der 40-jährigen Parteivorsitzenden tritt damit zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Frau mit Kindern an, um Kanzlerin zu werden. Ihre Kandidatur beinhaltet die historische Chance, das Bild der modernen Mutter und Arbeitnehmerin für immer zu verändern.

Dass ihre Position als mögliche Kanzlerin und Mutter seit Montag in den sozialen Netzwerken thematisiert und kommentiert wird, ist nur fair – Annalena Baerbock selbst hat in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Interviews dafür gesorgt. Zum Beispiel als sie im Januar dieses Jahres von "Doppelbelastung und Arbeit" sprach und von ihrem Mann, Politikberater und Grünenmitglied Daniel Holefleisch, der "das vor allem schultert". Als sie während des ersten Lockdowns im April 2020 erzählte, dass bei ihr im Homeoffice auch nicht alles "easy-peasy" sei und ihrer jüngeren Tochter die anderen Kinder "tierisch fehlen". Als sie angesprochen auf die K-Frage erklärte, dass "drei Jahre als Parteichefin, Abgeordnete und Mutter kleiner Kinder" sie gestählt hätten. Auf ihrer Website schwärmt sie aktuell von Potsdam, ihrem Wohnort, an dem sie nach "stressigen Sitzungswochen" nach Hause komme und ihre Kinder "frei im Park herumtoben" könnten.

Dabei bleibt nur zu hoffen, dass Annalena Baerbock mutig genug ist, zugunsten von echten Veränderungen das Narrativ der ersten berufstätigen Mutter als Kanzlerkandidatin weiterzugehen, weiter auf Offenheit zu setzen und Millionen Familien, ja Mütter hinter sich zu stellen. Eine Klientel, der es bis heute an starken Interessenvertretungen in den Parlamenten fehlt. Zwar stieg die Zahl der berufstätigen Mütter zwischen 2009 und 2019 von 66,7 Prozent auf 74,7 Prozent, die schlechten Einstellungsbedingungen für Frauen mit Kindern blieben jedoch gleich.

Frauen ohne Kinder haben es laut einer aktuellen Studie nach wie vor leichter, zum Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden. Bei Männern hingegen scheint der Vaterstatus keine Rolle zu spielen, stellte eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung fest. Die Teilzeitquote von Müttern ist in Deutschland verglichen mit anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union besonders hoch, 66 Prozent der Frauen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren arbeiteten 2019 in einer Teilzeitstelle. Die Folgen: niedrigere Renten und ein erhöhtes Risiko der Altersarmut.

Ihren Kindern erklärte Baerbock übrigens nach ihrer Nominierung zur Kanzlerkandidatin, dass sie künftig noch weniger zu Hause sein werde, weil es wichtig sei, "Regeln für unser Land zu machen". Wie gesagt: eine historische Chance.

Nach: zeit.de, 21.04.2021

ORAL CONCOURS 2021

ALLEMAND LV I

Wem gehört das Zentrum?

Die Städte werden immer heißer. Sommertemperaturen um die 40 Grad sind an vielen Orten keine Seltenheit mehr. Experten fordern, um die innerstädtischen Temperaturen zu senken, massive Begrünung für mehr Schatten, mehr Wasserflächen, Brunnen und Kanäle. Bis die gegraben sind, bleibt der Bevölkerung in den kommenden Hitzewellen aber nur der Gang in die vorhandenen Gewässer: in Seen, Freibäder und Flüsse – wobei die meist zu schmutzig sind: In Paris, wo schon zu Zeiten Ludwigs XV. ein Flussbad in der Seine entstand, und auch in Berlin wurde das Baden im Fluss wegen der miserablen Wasserqualität schon um 1925 offiziell verboten.

Hundert Jahre später soll sich das wieder ändern. Die Berliner Stadtregierung hat beschlossen, ein Pilotprojekt zu realisieren, das 1998 von den Künstlern und Architekten Jan und Tim Edler erfunden wurde: Unterhalb der Museumsinsel, direkt vor dem neuen Schloss, soll in dem knapp zwei Kilometer langen Spreekanal eine öffentliche Badeanstalt entstehen. Das Bad soll, wie jedes gute Freibad, ein sommerlicher Ort für alle werden: für die Studierenden der nahen Humboldt-Universität, für die Einwohner der Hochhäuser auf der Fischerinsel und für die Touristen, die sich in der bratenden Sonne vom Reichstag bis hierher geschleppt haben.

Nicht alle sind von der Idee begeistert. Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, fürchtet „Vermüllung“: „Hier werden Hunderte nicht nur baden, sondern feiern wollen“, schrieb er, aber das gefährde die Museumsinsel. Wer baden wolle, solle lieber an den Schlachtensee fahren oder in den Freibädern von Neukölln oder Kreuzberg bleiben – „der Auftrag der Museen ist es, dafür zu sorgen, dass die Menschen in der Kunst baden wollen“.

Unterstützung erhält er jetzt durch einen offenen Brief des Berliner Doms. Wenn man ihn liest, wird klar, dass das Ganze mehr ist als ein bloß lokal bedeutsamer Streit. Es geht darum, was in einem Stadtzentrum stattfinden soll: Dürfen auf einer Museumsinsel, in Schinkels Lustgarten, auch halbnackte Bewohner der Stadtteile Neukölln und Kreuzberg mit Badehandtüchern herumlaufen? Darf das Volk unter einem Schloss auf aufblasbaren Krokodilen reiten? Wer darf in diesem Zentrum, dem seit der Wiedervereinigung hohe identitätsstiftende Energien zugesprochen werden, was tun?

Das Flussbad werde nicht 300, eher 70 Millionen Euro kosten und nicht „elitär“ sein; es werde im Gegenteil für die vielen Hochhaus- und Plattenbaubewohner der näheren Umgebung das große Bad sein, das sie bisher nicht haben. Und es sei unsinnig, die Sanierung von Freibädern dagegen zu rechnen: Das Flussbad sei ja nicht nur eine Badeanstalt, sagt Hopf, sondern ein Forschungsprojekt mit Vorbildcharakter für andere Städte und die Wiederbelebung ihrer Flüsse. Jan Edler zeigt auf ein Foto, das bei einer seiner Probeschwimmaktionen im Kanal entstand. Man sieht eine tätowierte, lachende Frau mit Hund neben einer Frau im Bikini. Vor solchen Bildern fürchten sich wohl einige, sagt er. Vielleicht geht es auch darum: dass für die einen „Stadtgesellschaft“ bedeutet, dass wohlgekleidete Bürger durch den Lustgarten wandeln, um einen Blick auf die Spiegelung einer Brücke im stillen Wasser zu werfen. Und dass für die anderen „Stadtgesellschaft“ bedeutet, dass Plattenbaubewohner, Humboldt-Professoren, Touristen und Berliner zusammen schwimmen und vor dem Schloss auf Handtüchern in der Sonne liegen und sich gegenseitig eincremen. Vielleicht geht es darum, dass das, was den einen als „Entweihung“ und „Vermüllung“, Verprollung und Kulturverfall erscheint, für die anderen „Inbesitznahme“ und „Aneignung“ einer vormals elitären Idee von Kultur und politischer Repräsentanz in einem „urbanen Erfahrungsraum“ ist.

Nach: faz.net, 03.04.2021

ORAL CONCOURS 2021**ALLEMAND LV I****Wir brauchen eine deutsch-französische Föderation**

Europa braucht einen frischen Wind, sagen der Politiker Daniel Cohn-Bendit und der Professor Claus Leggewie. Frankreich und Deutschland sollten daher den großen Sprung wagen – und sich zusammenschließen. Europa droht gerade in diverse Bestandteile zu zerfallen – die Sparfüchse der „Frugal Five“, die Nationalisten der „Visegrád Four“, der schuldenbeladene „Club Med“. Der gemeinsame Vektor dieser Zentrifugalkräfte ist die vermeintliche Übermacht Deutschlands und Frankreichs, die in Den Haag so kritisch beäugt wird wie in Rom und Warschau. Doch gibt es überhaupt noch die „Achse Paris–Berlin“?

Unterdessen kann Europa seine Prinzipien gegen widrige Mächte in Amerika, Russland und China kaum noch behaupten. Da wäre es verhängnisvoll, die Unterschiede zwischen den französischen und deutschen Interessen zu betonen, coronabedingte Ressentiments in den Grenzregionen waren ein Menetekel. La France d'abord, Deutschland zuerst – eine weitere Renationalisierung ginge vor allem auf Kosten Frankreichs und Deutschlands.

Statt die europäische Depression zu vertiefen, sollten wir den großen Sprung wagen und die fortgeschrittenen Pläne und tatsächlichen Fortschritte ausarbeiten, die 2019 und 2020 im Umfeld des Vertrags von Aachen und des unter Führung von Angela Merkel und Emmanuel Macron geschnürten EU-Krisenpakets gemacht wurden. Das Ziel ist eine stufenweise deutsch-französische Föderation.

Wo 1955 oder 1970 noch zwei ganz verschiedene Welten waren, sind Franzosen und Deutsche heute eng zusammengerückt, ohne uniform geworden zu sein. Dass Nationen verschiedene Sprachen sprechen, ist kein Hinderungsgrund, sondern eine interessante semantische Gegebenheit. Viele Elemente, die für eine bundesstaatliche Föderation erforderlich sind, bestehen schon. Jenseits bildungs- und kulturpolitischer Initiativen wie des Jugendaustauschs konvergieren längst auch „harte“ Agenden der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Ein Fundament ist die Dichte der Inter- und Transaktionen zwischen Franzosen und Deutschen in der Arbeitswelt, in der Freizeit und in den kulturellen Diskursen.

Solche Vernetzungen der Lebenswelten reichten vor 130 Jahren für die Nationbildung des Deutschen Reiches, schnöderweise besiegelt durch den Sieg Preußens über Frankreich. Heute kooperieren Partner auf Augenhöhe, denen eine Entflechtung sehr viel teurer zu stehen käme als die intensivere Verflechtung.

In Europa braucht niemand mehr Angst zu haben vor einer Zusammenballung von 150 Millionen Doppelstaatsbürgern; es zählen weniger Bruttoinlandsprodukt und Truppenstärke als die Zukunftsfähigkeit, die eine gemeinsame Nachhaltigkeitspolitik sichert. Eine deutsch-französische Föderation sehen wir als den Schlussstein der seit 1945 entwickelten Freundschaft, aber auch als eine Kur für die Europäische Union, die dringend frischen Wind braucht. Wir gehen die Wette ein, dass die beschriebenen Fliehkräfte durch diese Sammlung der Kräfte gebremst und umgedreht werden. Realisten sind am Ende immer die, die das scheinbar Unmögliche gefordert haben.

Nach: faz.net, 07.09.2020

ORAL CONCOURS 2021**ALLEMAND LV I****"Ein Kiez, der keine Buchhandlung hat, ist nicht lebenswert"**

Der Kreuzberger Traditionsbuchhandlung Kisch droht die Räumung - das Haus wurde von einem undurchsichtigen Immobilienfonds gekauft.

In seinem Berliner Kiez ist Thorsten Willenbrock das, was man eine Respektsperson nennt. Man sieht es ihm zwar nicht an, so wie er in Jeans, dunkler Outdoor-Jacke und Wollmütze vor einem steht, aber er ist derjenige, der Bescheid weiß. Wer hier lebt und was die Leute umtreibt. Vor allem aber weiß Thorsten Willenbrock, was sie lesen, denn er ist ihr Buchhändler. Willenbrock betreibt die Buchhandlung Kisch & Co., eine Kreuzberger Institution seit 24 Jahren. Hierher kommt man, wenn man sich mit Theorie, Kunstbänden oder angesagten Romanen eindecken oder von Willenbrock einen Tipp bekommen will. Der fragt dann, was die letzten fünf Texte waren, die man mochte, und dann zieht er das passende Buch aus dem Regal.

Doch nun steht das Kisch vor dem Aus. Wenn es nach dem Eigentümer des Hauses in der Oranienstraße, einem Immobilienfonds namens "VictoriaImmo Properties V S.a.r.l." mit Sitz in Luxemburg geht, soll Willenbrock demnächst seine Bücher zusammenpacken und den Laden räumen. Der Immobilieninvestor hat das Haus gekauft, den Mietvertrag des Kisch auslaufen lassen und eine Räumungsklage auf den Weg gebracht. Kommende Woche wird darüber vor dem Berliner Landgericht verhandelt.

Willenbrock steht in seiner Buchhandlung. Ein hoher, schlichter Raum mit grauem Teppich, vollgestellt mit Büchertischen und Regalen. Einige Fächer sind leer, Willenbrock bestellt nur mehr bei Verlagen, die die Bücher im Notfall zurücknehmen. Alle paar Minuten klappt die Tür auf, die Buchhandlungen dürfen in Berlin während des Lockdowns geöffnet sein. Die Leute wollen etwas zu lesen oder von Willenbrock wissen, was los ist im Kiez. Manche nehmen auch nur eine Zeitung aus dem großen Zeitschriftenregal neben dem Eingang. Seit immer weniger Kioske Zeitungen verkaufen, weil man mit Bier mehr Geld verdienen kann, springt das Kisch auch hier ein, als eine Art geistiger Nahversorger.

Wer steckt hinter dem Immobilienfonds?

Willenbrock tritt vor seine Buchhandlung und blickt die Oranienstraße hinunter. Als er Ende der Neunziger hier anfang, war noch alles voller Handwerksbetriebe, türkischer Gemüseläden, sozialer Einrichtungen und Künstlerateliers. Heute reiht sich ein Lokal ans andere, die Gastronomie ist die einzige Branche, die sich die Gewerbemieten noch leisten kann. Und das könne doch nicht sein, sagt Willenbrock. "Ein Kiez ist ein Soziotop aus Menschen, die in Wohnungen leben und Gewerbe treiben." Und wenn die alternativen Läden, Sozialeinrichtungen und Künstlerateliers, die Berlin ausmachen, ihre Räume verlieren, dann verliert die Stadt einen Teil ihrer Seele.

Das Kisch sei auch ein sozialer Ort, "ein Kiez, der keine Buchhandlung hat, ist nicht lebenswert", sagt Willenbrock. Er hat eine typische Berliner Geschichte. In den Achtzigerjahren kam er aus Niedersachsen nach Berlin, eigentlich als Student, "landete aber, wie das so ist, im Buchhandel". Dabei merkte er zwei Dinge: dass Bücher und das Lesen sein Leben sind, und dass das Leben nicht nur daraus besteht, Geld zu verdienen. Deswegen sehe er auch nicht ein, warum er und seine Angestellten hier weg sollen, "nur weil jemand mehr Geld verdienen will".

Nach: sueddeutsche.de, 16.04.2021

ORAL CONCOURS 2021**ALLEMAND LV I****Der ewige Traum**

Das bedingungslose Grundeinkommen könnte vieles zum Positiven wenden. Doch es wird eine Utopie bleiben. Unsere Gesellschaft ist nicht bereit für so viel Veränderung.

Es könnte so einfach sein: 1.000 Euro, jeden Monat, ohne dass man etwas dafür tun muss. Alle Menschen würden vom Staat dafür bezahlt, dass sie am Leben sind. Für viele klingt das wie ein Traum. Unterstützt wird die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) schon seit 200 Jahren von Philosophen und Milliardärinnen, Wirtschafts- und Literaturnobelpreisträgern. In der Schweiz gab es vor ein paar Jahren sogar die erste Volksabstimmung über die Einführung eines BGE – mit immerhin 23 Prozent Zustimmung. Doch trotz aller Begeisterung wurde das Grundeinkommen bis auf einige Pilotprojekte wie kürzlich in Finnland bisher nirgendwo eingeführt. Für viele ist die Corona-Pandemie als größte Krise der letzten Jahrzehnte nun Anlass genug, den Traum endlich wahr zu machen. Viele Menschen sind seit Beginn der Pandemie in Not geraten, Existenzangst und Unsicherheit greifen um sich. Die Krise hat Deutschland und die Welt fest im Griff. Das Grundeinkommen könnte Abhilfe schaffen.

Ob SPD oder CDU, Gewerkschaften oder Arbeitgeberinnen, Liberale oder Linke: Die Gegner des BGE fahren seit jeher schwerem Geschütz auf. Die SPD-Abgeordnete Anette Kramme: "Ich gehe davon aus, dass viele Menschen ihre Arbeitsbedingungen als unangenehm empfinden, viele andere Dinge lieber tun und deshalb die Erwerbstätigkeit zurückgehen wird." Mit anderen Worten: Wer würde mit einem Grundeinkommen bitte schön noch die Drecksarbeit erledigen? Die Gegenfrage aber müsste lauten: Wer macht diese Arbeit denn heute? Genau, all jene, die keine Wahl haben. Mit einem Grundeinkommen wäre das anders. Es ermöglicht den Menschen, ethisch fragwürdige, umweltschädliche oder ausbeuterische Arbeit abzulehnen. Erst solch ein Grundeinkommen würde nicht mehr den Profit, sondern den Menschen in den Mittelpunkt stellen, der dann wirklich frei von Existenzangst entscheiden könnte.

Wer soll das denn bezahlen? Ein BGE von monatlich 1.000 Euro für Erwachsene und 500 Euro für Minderjährige würde in Deutschland rund 900 Milliarden Euro pro Jahr verschlingen. Die gesamten Steuereinnahmen lagen 2019 aber nur bei 800 Milliarden Euro. Kann man das Grundeinkommen also getrost in die finanzpolitische Tonne hauen? Es lohnt ein zweiter Blick, denn etliche seriöse Studien belegen die Finanzierbarkeit des Grundeinkommens. Dabei wird gegengerechnet, welche Ausgaben wie die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld, die dafür nötige Bürokratie oder Teile der Rente eingespart werden könnten.

Wichtiger als dieses Klein-Klein aber scheint die Tatsache, dass ein existenzsicherndes BGE nicht nur eine Revolution des Arbeitsmarktes, sondern auch des Steuersystems zur Folge haben kann. Erstens dürften Menschen nicht massenhaft aufhören zu arbeiten – zumindest bis Roboter diese Arbeit eines Tages übernehmen. Und zweitens müssten Reiche und Superreiche samt ihren Vermögen sowie Unternehmen, auch die steuerflüchtigen, endlich angemessen oder überhaupt besteuert werden.

Nach: zeit.de, 28.02.2021



Concours après classes préparatoires

Sujets de l'épreuve orale

Allemand LV2

2021

ORAL CONCOURS 2021**ALLEMAND LV II****Achtung - dieser Artikel wurde im Homeoffice geschrieben (und ist trotzdem fertig)**

Corona geht in die Sommerpause: Die Infektionszahlen sinken, die Impffzahlen steigen, in der Außengastronomie kann man mit negativem Test einen positiven Feierabend genießen. Auch die Wirtschaft sehnt sich nach alten Normalitäten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie verlangt von der Regierung die „Rückkehr in den normalen Geschäftsbetrieb“. Das Homeoffice, verzögert eingeführt, soll kurzfristig wieder geschlossen werden, die teuer angemieteten Büros warten auf einpendelnde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie werden getestet, bevor sie wieder haufenweise zusammensitzen. Die Frage ist nur: Muss das so sein?

Die Pandemie hat Schwächen der Gesellschaft offengelegt: ein zusammengespartes Gesundheits- und Pflegesystem, ein unflexibles und zum Dazulernen selten williges Bildungssystem, eine analoge und überregulierte Verwaltung. Und ein zu oft allzu starres Arbeitsleben, das mehr auf Kontrolle aufbaut als auf Vertrauen, eher auf feste Arbeitszeiten setzt als auf flexible Modelle. Mit denen ließen sich auch Kinderbetreuung und Großelternpflege besser regeln, Mitarbeitende neu motivieren. Weil Arbeit Spaß machen soll, Erfüllung gibt. Wenn sie nicht nur sein muss von dann bis dann. Klar, für Firmen muss es planbar bleiben. Aber die Frage ist sowieso: Sind wir so weit?

Solange Elternzeiten für Väter und berufliche Aufstiege von Müttern misstrauisch beäugt werden, solange Überstunden als Leistung zählen und nicht die innovative Organisation eines Projekts, solange Präsenz bei Meetings wichtiger ist als Empathie für Kolleginnen und Kollegen, so lange bleibt Deutschland auch in der Bürofrage wohl eher unflexibel. Dabei müsste die Wirtschaft in digitalen Zeiten erkennen: Nicht über den Arbeitsort gewinnt sie Menschen für sich, sondern über die Art, wie Arbeit organisiert ist. Auch über die Haltung von Führungskräften. Haben sie nach der Krise, in der Angestellte nebenbei Kinder beschult und betreut, Leben neu organisiert, Ältere umsorgt und gar nicht nebenbei noch gearbeitet haben, wirklich Grund, ihren Mitarbeitenden zu misstrauen?

Und es wurde ja nicht weniger gearbeitet. Im vergangenen Jahr wurden im Land fast 1,7 Milliarden Überstunden geleistet; im Schnitt mehr als die Hälfte davon unbezahlt. Während manche in unfreiwilliger Teilzeit feststeckten oder ihr Gewerbe ruhen lassen mussten, ackerten andere umso mehr.

Viele Alleinlebende ohne soziale Netzwerke im echten Leben sehnen sich in die Büros zurück; nach dem Austausch dort, den Überraschungen eines Arbeitstags. Ihnen sollte das Office ohne Home offenstehen, solange es die Pandemielage erlaubt. Aber muss deshalb das ganze Land zurück in eine Normalität, in der man Tag für Tag zur gleichen Zeit in ein Büro einläuft?

Die Politik muss jetzt eine Antwort geben. Eine andere als für ihre Angestellten in Berlins Behörden und der Bundestagsverwaltung. In vielen Amtsstuben herrschte in der Hochphase der Pandemie zu viel Hochbetrieb. Ja, Arbeitsergebnisse müssen geschafft, Werte geschaffen werden. Und viele wichtige Jobs können nicht zu Hause erledigt werden. Andere schon. Da ist Kontrolle gut. Vertrauen ist besser. Denn übrigens: Auch wenn dieser Artikel im Homeoffice geschrieben wurde - er ist trotzdem rechtzeitig fertig geworden.

Nach: [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de), 28.05.2021

ORAL CONCOURS 2021**ALLEMAND LV II****Bildung- Jetzt sind die Jüngsten dran**

"Mallorca!", rufen die Erwachsenen. "Cappuccino!" Und vor allem: Ich zuerst! Gerade kämpfen Bürger verbissen um mehr Freiheiten. Wer jetzt was darf. Und wie man möglichst schnell an den Status des vollgeimpften Bessergestellten kommt, für den das Leben so viel angenehmer und lustvoller geworden ist. Dabei geht es um Themen, die wichtig sein mögen und die vielen Menschen offensichtlich eine Herzensangelegenheit sind: Reisen. Essen. Shoppen.

Es gibt aber, das mag man angesichts dieser Diskussionen kaum glauben, Themen, die noch wichtiger sind: Bildung, Entwicklung und psychisches Wohlergehen. Themen, die für die verletzlichste Gruppe dieser Gesellschaft, die Kinder und Jugendlichen, untrennbar mit Schule verbunden sind, und zwar mit offener Schule. Und doch sehen Kinder, während die Hotels ihre Tore jetzt weit öffnen, immer noch zu selten eine Schule von innen. Während sich die Erwachsenen um Privilegien streiten, denken sie erst an letzter Stelle, wie schon so oft in dieser Pandemie, an die Kinder, an ihre Freiheiten und Rechte, an ihr körperliches und seelisches Wohlergehen. Man kann den Kinder- und Jugendärzten deshalb nur dankbar sein, dass sie erneut auf die Entwicklungsprobleme und das Leid junger Menschen verweisen, denen Struktur und soziale Begegnungen fehlen.

Baldige und möglichst umfassende Schulöffnungen sind eine zwingende Konsequenz daraus. Natürlich sind diese mit Risiken verbunden. Aber das gilt für die Öffnung von Hotels, Schwimmbädern, Restaurants und Geschäften ebenso. Alles ist in dieser Pandemie mit Risiken verbunden. Überall, wo sich Menschen treffen, können Infektionen weiterverbreitet werden.

Und dennoch ist es Zeit, den Kindern jetzt dort, wo die Infektionszahlen ein stabiles Maß unter 100 und die Erstimpfquoten ein erfreuliches Maß von mehr als 30 Prozent erreicht haben, ein normales Leben und Entwicklungschancen zu ermöglichen. Die Schulen sind zuletzt viel sicherer geworden: Kinder werden so intensiv getestet wie keine andere Bevölkerungsgruppe, Masken tragen sie sowieso. Viele Lehrer, wenn auch leider noch nicht alle, die das möchten, sind mittlerweile geimpft. Und schließlich: Der Winter ist vorbei, Unterricht bei geöffneten Fenstern ist keine Zumutung mehr.

Es ist wichtiger, das Risiko zu tragen, das von Schulöffnungen ausgeht, als das Risiko, das von Hotelöffnungen ausgeht. Kinder wurden in dieser Pandemie herumgeschubst wie kaum eine andere Bevölkerungsgruppe. Die Maßnahmen, die sie trafen, galten größtenteils dem Schutz der anderen - auch wenn Kinder gewiss ein genuines Interesse daran haben, dass ihre Eltern und Großeltern nicht schwer erkranken. Jetzt müssen endlich die Kinder ihre Rechte zurückbekommen.

nach „Süddeutsche Zeitung“, 13.5.2021

ORAL CONCOURS 2021

ALLEMAND LV II

Bundestag stoppt Kükentötung

Jedes Jahr werden Millionen von Küken¹ getötet, weil sie männlich sind und keine Eier legen. Der Bundestag hat nun ein Verbot solcher Tötungen ab kommendem Jahr beschlossen.

Der Bundestag hat das millionenfache Töten männlicher Küken in Deutschland verboten. Das legt ein Gesetz von Agrarministerin Julia Klöckner fest, das der Bundestag beschloss. Bislang werden in der Legehennenhaltung² jährlich mehr als 40 Millionen männliche Küken kurz nach dem Schlüpfen getötet. Damit soll ab Anfang 2022 Schluss sein.

Konkret heißt es im Tierschutzgesetz künftig: "Es ist verboten, Küken von Haushühnern der Art Gallus gallus zu töten." Grund für die massenhafte Tötung ist, dass männliche Küken keine Eier legen und nicht so viel Fleisch ansetzen. Tierschützer fordern schon seit Jahren ein Ende des Tötens.

Neue Methoden zur Früherkennung

Nun sollen Verfahren zum Einsatz kommen, mit denen das Geschlecht bereits im Ei bestimmt wird, damit männliche Küken gar nicht erst schlüpfen. Ab dem Jahr 2024 sollen aber auch solche Methoden nur noch dann erlaubt sein, wenn das Geschlecht des Kükens schon in einem besonders früheren Stadium des Brütens erkannt wird. Damit sollen in Zukunft auch Schmerzen für den Embryo vermieden werden. Klöckner sagte, das Gesetz sei ein Meilenstein für den Tierschutz. "Damit sind wir weltweit Vorreiter." Mit dem Gesetz muss sich abschließend auch noch der Bundesrat befassen, der das Vorhaben allerdings nur verzögern, aber nicht stoppen kann. Das Bundesverwaltungsgericht hatte bereits 2019 entschieden, dass die bisherige Praxis des Kükentötens nur noch für eine Übergangszeit zulässig ist, weil Tierschutzbelange höher zu bewerten seien als wirtschaftliche Interessen.

Tierschutz warnt vor Importen

Für mehr Tierschutz kommt es auch darauf an, dass das Verbot nicht durch Einkauf aus dem Ausland umgangen wird. Das betrifft Großabnehmer, die Eier zum Beispiel zu Nudeln und Kuchen verarbeiten. Klöckner rief die Supermärkte zuletzt auch schon auf, Eier ohne Kükentöten in die Regale zu nehmen. Große Supermarktketten haben schon damit begonnen, ihre Sortimente auf Eier aus Produktion ohne Kükentöten umzustellen.

¹Küken = un poussin

²Legehennenhaltung = élevage de poules pondeuses

ORAL CONCOURS 2021**ALLEMAND LV II****"Die deutschen Grünen sind ein Vorbild für Europa"**

Der Pariser Parteienforscher Jan Rovny attestiert CDU und SPD eine Krise, die viele Volksparteien Europas schon hinter sich haben. Gewinner sind Nationalisten und Grüne. *Jan Rovny ist Professor für Politikwissenschaft an der Pariser Universität Sciences Po. Er forscht zu europäischen Parteien und ideologischen Konflikten.*

ZEIT ONLINE: Vier Monate vor der [Bundestagswahl](#) in Deutschland haben die Grünen eine realistische Chance, stärkste Partei zu werden. Überrascht Sie das?

Jan Rovny: Dieser kurzfristige, plötzliche Aufschwung hat mich schon überrascht. Aber generell wundert mich ihr Wachstum nicht. Langfristig werden die Grünen zu den stärksten Parteien gehören, und zwar in einem Großteil von [Europa](#), das ist schon jetzt erkennbar.

ZEIT ONLINE: Sind die Grünen nicht immer noch eine Randerscheinung, jenseits von Deutschland?

Rovny: Seit einigen Jahren ist der große Konflikt in den europäischen Gesellschaften und auch in Nordamerika, ob und wie stark wir offen für Transnationalismus und Globalisierung sind. Sind wir bereit, den internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr und den Personenverkehr zu akzeptieren, inklusive Migration? Darin enthalten sind Fragen nach der eigenen Identität: Wer sind wir? Wen akzeptieren wir als Teil der Gesellschaft? Die Menschen und auch die Parteien in Europa beginnen, sich entlang dieser Frage zu sortieren. Und die grünen Parteien sind die stärksten Befürworter des Transnationalismus.

ZEIT ONLINE: Warum sie – und nicht zum Beispiel die Liberalen?

Rovny: In manchen Ländern übernehmen die Liberalen diese Position, wie Emmanuel Macron seit 2017 in Frankreich. In Deutschland konzentriert sich die FDP aber auf ökonomische Fragen. Mindestens genauso wichtig ist der kulturelle Liberalismus. Und dort dominieren die Grünen, weil es in ihrer DNA liegt: Sie waren immer sozialliberal, sie waren immer offen für Veränderungen und für Menschen, die anders sind als sie selbst. Und sie sind große Fans der europäischen Integration. Außerdem sind die Grünen die glaubwürdigsten Parteien im Kampf gegen den Klimawandel.

ZEIT ONLINE: Wenn der Aufstieg der Grünen unvermeidlich ist, wieso sind sie dann außerhalb Deutschlands so schwach?

Rovny: Dieser Prozess nimmt gerade erst an Fahrt auf. Die deutschen Grünen waren schon immer früh dran. Sie waren die erste große grüne Partei in Europa. Und jetzt sind sie auf dem Weg, eine der ersten zu sein, welche die sozialdemokratische Partei effektiv ablöst und zur größten Mitte-links-Partei ihres Landes werden.

ZEIT ONLINE: Glauben Sie, dass die deutschen Grünen als Vorbild für die Nachbarländer dienen könnten?

Rovny: Die deutschen Grünen sind ein Vorbild für Europa. Aktuell sieht es zum Beispiel so aus, dass die tschechische Piratenpartei, die programmatisch eigentlich eine grüne Partei ist, nur einen Monat nach der Bundestagswahl in Deutschland [das Ministerpräsidentenamt in der Tschechischen Republik erobern könnte](#).

ZEIT ONLINE: Wie wichtig ist die Klimapolitik für Wahlen?

Rovny: Klimafragen sind für manche Menschen in Europa wahlentscheidend. Aktuell entscheiden sie aber noch keine Wahlen.

Nach „Die Zeit“, 25.5.2021

ORAL CONCOURS 2021**ALLEMAND LV II****Geflüchteter aus Syrien will in den Bundestag**

Tareq Alaows ist 2015 aus Syrien nach Deutschland gekommen. Jetzt will er als erster Geflüchteter aus Syrien in den Bundestag einziehen. Die Grünen in Dinslaken und Oberhausen haben ihn als Direktkandidaten für die Bundestagswahl im September nominiert.

"Ich setze mich für eine Gesellschaft ein, in der alle gehört werden und keiner ausgegrenzt wird", sagt Alaows im Interview mit dem WDR. Damit spielt er auf die aktuelle Besetzung des Bundestages an: Rund 8 Prozent der Abgeordneten haben einen Migrationshintergrund.

In der Gesamtgesellschaft kommen in Deutschland 26 Prozent der Menschen aus Einwandererfamilien. Alaows will in den Bundestag einziehen und "den Hunderttausenden geflüchteten Menschen in Deutschland eine Stimme geben." Alaows ist nach Europa gekommen, um ein Leben in Würde und Sicherheit zu haben: "Leute fliehen nicht, weil sie fliehen wollen, sondern weil sie das machen müssen." Seine Route führte ihn über die Türkei im Schlauchboot nach Lesbos und entlang der Balkanroute nach Deutschland.

Im September 2015 erreichte er Dortmund und fand dann in Bochum eine neue Heimat. In Deutschland hat er nach eigener Aussage viel Unterstützung erfahren und sich schnell zurechtgefunden. Der studierte Jurist verfolgt seine Ziele ehrgeizig: Um besser Deutsch zu lernen, hat Alaows das Grundgesetz Wort für Wort übersetzt.

In Syrien hat Tareq Alaows beim roten Halbmond humanitäre Nothilfe in Kriegsgebieten geleistet. Kaum war Alaows in Deutschland angekommen, hat er die Gruppe Refugee Strike Bochum mitbegründet und ab 2018 bei der "Seebrücke" Demonstrationen gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung organisiert.

Alaows hat die Strapazen der Flucht überlebt und könnte sich in Deutschland ein schönes Leben machen. Doch er will nach eigener Aussage nicht wegsehen und ging daher zurück ans Mittelmeer, um anderen Geflüchteten zu helfen.

Ein Mandat im Bundestag wäre jetzt seine Möglichkeit, die Lage der Geflüchteten auf der politischen Ebene zu verbessern, sagt er.

Um in den Bundestag einziehen zu können, benötigt Alaows die deutsche Staatsbürgerschaft. "Der Antrag auf Erteilung der Deutschen Staatsangehörigkeit ist eingereicht und das Verfahren wird überprüft" erklärt Alaows in bestem Behördendeutsch.

Nach: wdr.de, 05.02.2021